Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1580. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 105. Dienstag, 7. Mai 1929, abends. 82. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintritts von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 7 mm hohe Grundschrift-Zeile 40 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Unentgeltlicher Nachlaß erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Illustrier an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 50. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Vor einem Verzichtfrieden Frankreichs?

Das wichtigste Ereignis dieser Tage ist ohne Zweifel die schon kaum mehr für möglich gehaltene Wendung in Paris. Man mag über das Auftreten der deutschen Delegation vor dem Ausbruch der Krise denken, wie man will: Klarheit ist nun schließlich doch dadurch entstanden. Vor allem hat Amerika gelernt, und das war am Ende die wichtigste Aufgabe, die es in Paris zu lösen gab. Schwer war es, dem allmächtigen Amerika so geradezu ins Gesicht zu sagen, daß eigentlich an ihm alle Schwierigkeiten lagen. Wenn es selbst den europäischen Gläubigern alles wieder abnahm, was diese an Reparationen von Deutschland empfingen, so war deren Unzufriedenheit begreiflich genug. In ihrer Unkenntnis europäischer Verhältnisse und außerdem noch getäuscht durch Gilberts allzu optimistischen Bericht, spann sich die amerikanische Finanzwelt in den rosigen Plan ein, die deutschen Reparationen auf einer solchen Höhe zu halten, daß nicht nur die Reparationswünsche der europäischen Gläubiger, sondern auch noch die Ansprüche Amerikas an die letzteren erfüllt werden könnten. Jetzt hat offenbar auch Amerika begriffen, daß das nicht geht. Der neue Vorschlag, den Owen Young macht, geht zwar immer noch erheblich über die deutschen Ziffern hinaus, bleibt aber andrerseits auch weit hinter den Forderungen zurück, die sich die Alliierten zusammenaddiert hatten. Statt der 1650 Millionen Mark, die Deutschland anbot, sieht Owen Young 1675 Mark Jahresleistungen vor. Es ist eine jährliche Steigerung um 25 Millionen vorgesehen, die nach 15 Jahren ermäßigt werden soll. Deutschland hätte außerdem freilich noch Zinsen und Amortisation für die Dawes-Anleihe in Höhe von 70 Millionen Mark jährlich zu leisten. Die Gesamtdauer der deutschen Leistungen ist auf 37 Jahre berechnet, und die Durchschnittsleistung Deutschlands käme danach ungefähr auf jährlich 2050 Millionen Mark. Das sind immerhin 450 Millionen Mark weniger, als der Minimalbetrag des Dawesplanes, der bekanntlich nach dem Wohlstands-Index auch noch erhebliche Erhöhungen hätte bringen können. Hinter dem, was die Gläubigerstaaten zu Ostern verlangten, blieben diese Durchschnittsleistungen um etwa 200 Millionen Mark jährlich zurück.

Natürlich ist es für den Laien unmöglich, mit sachlicher Kritik exakt nachzuweisen, um wieviel Millionen der amerikanische Vorschlag die deutsche Leistungsfähigkeit etwa übersteigt. Und selbst der Finanzsachverständige kann eigentlich keine sichere Rechnung darüber aufmachen. Denn wer will heute im Ernste sagen, was Deutschland nach zehn, zwanzig oder dreißig Jahren leisten oder nicht leisten kann? Unter diesen Umständen ist es begreiflich, daß die deutsche Delegation in diesem Falle politische Erwägungen über die rein wirtschaftlichen stellt, und den amerikanischen Vorschlag als diskutierbar behandelt, trotzdem es natürlich möglich ist, daß sich die Unfähigkeit Deutschlands, ihm nachzukommen, nach Jahr und Tag herausstellen könnte. Nur muß Deutschland ehrlicherweise betonen, daß diese Unsicherheit besteht. Und man wird diese Unsicherheit auf der Gegenseite ehrlicherweise nicht bestreiten können. Erkennt man also Deutschlands guten Willen an, wie das von seiten Amerikas jetzt geschieht, so muß man wohl auch bereit sein, über die Bedingungen nachzudenken, die Deutschland im Falle der Annahme des amerikanischen Vorschlages stellen muß. Die Möglichkeit einer Revision muß offen bleiben für den Fall, daß sich eine Erschütterung des deutschen Wirtschaftslebens oder der deutschen Währung aus dem strikten Beharren auf den jetzt festgelegten Jahresleistungen ergeben würde. Es kann ein Teil der deutschen Verpflichtungen unter dem Transferschutz bleiben, es kann ein Moratorium vorgesehen werden für den Fall, daß die Zahlung auf Schwierigkeiten stößt, es kann schließlich auch die Möglichkeit einer weiteren Nachprüfung für spätere Jahre offengehalten werden, in denen sich Deutschlands Wirtschaftslage irgendwie kritisch änderte.

So viel man sieht, ist es bis jetzt nur die französische Presse, die vorwiegend mit Mißtrauen und Ablehnung dem amerikanischen Vorschlage begegnet. Sie muß sich immerhin den Amerikanern gegenüber mehr Zurückhaltung auferlegen, als gegenüber Deutschland. Doch hört man schon wieder bekannte Töne. Sofort hat sich Poincaré nach seiner bekannten Art zum Wort gemeldet und die vorgesehenen Jahreszahlungen als ungenügend bezeichnet. Der „Temps" gibt zu, daß der amerikanische Vorschlag immerhin eine brauchbare Diskussionsbasis sei. Das ist schon etwas. Er glaubt dann freilich, davor warnen zu müssen, daß man den Geist des Entgegenkommens, den Frankreich bisher bewiesen habe, etwa für einen Geist des Verzichtes halten wollte. Das sind Töne, die wir aus der Kriegszeit her zur Genüge kennen. Auch im Kampf um die Höhe der Reparationen können Schlagworte wie „Siegfrieden" oder „Verzichtfrieden" nur Unheil anrichten. Es kann sich in diesem Kampfe noch viel weniger darum handeln, daß eine Seite die andere völlig zu Boden wirft, weil in diesen finanziellen Fragen die wechselseitige Abhängigkeit mit handgreiflicher Deutlichkeit zutage tritt. Mehr als guten Willen kann Deutschland nicht beweisen, weil unerfüllbare Forderungen der Gegenseite später schließlich doch an der praktischen Unmöglichkeit scheitern müßten. Frankreich würde sich nicht zu schämen brauchen, wenn es schließlich zu erklären hätte, durch den Verlauf der Reparationskonferenz auch seinerseits davon überzeugt worden zu sein, daß seine bisherigen Forderungen zu hoch gewesen seien. Das wäre kein Verzicht und kein Nachgeben Frankreichs, sondern eine einfache realpolitische Handlung, durch die erst die ganze Reparationsfrage auf den Boden der Wirklichkeit gestellt und das Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland endgültig entgiftet würde. Zum Glück gibt es wenigstens eine Anzahl französischer Blätter, die sich zu dieser Einsicht schon heute durchgerungen haben, und hoffentlich wird das auch die Einsicht der französischen Regierung von morgen sein.

Zum Fiasko der Genfer Abrüstungstagung.

Graf Bernstorff über das Ergebnis der Vorbereitenden Abrüstungskonferenz.

)(Genf. Auf einem Pressempfang, bei dem **Graf Bernstorff** und die deutsche Delegation im Vorbereitungsausschuß für die Abrüstungskonferenz sich von den hiesigen Vertretern der deutschen Presse verabschiedeten, **gab der Führer der deutschen Delegation** folgende Erklärung ab:

Wenn sie eine Erklärung von mir über die Ergebnisse dieser sechsten Tagung des Vorbereitungsausschusses für die Abrüstungskonferenz wünschen, so kann ich nur wiederholen, was ich in meiner grundsätzlichen Rede in der vorletzten Sitzung gesagt habe, nämlich, **daß angesichts der Haltung, die der Ausschuß in der entscheidenden Frage der Landrüstungen eingenommen hat, wir deutlich abgerückt sind von dem Programm, das die Mehrheit aufstellte, und daß wir von nun an diesem Ausschuß ausschließlich die alleinige Verantwortung für die Vorbereitung der Konferenz überlassen müssen.** Ich lege besonderen Wert darauf, diese Erklärung zu wiederholen angesichts der Schlußrede, mit der Herr Politis gestern die Tagung beendet hat. Ich möchte ausdrücklich festgestellt wissen, daß Herr Politis nur im Rahmen seiner Mehrheit gesprochen haben kann und daß der überraschende Optimismus, mit dem er die Arbeiten des Ausschusses feierte, von der deutschen Abordnung und, wie ich wohl annehmen kann, von der öffentlichen Meinung der meisten Länder in keiner Weise geteilt wird. **So kann ich auch keinerlei Erwartungen mehr an die anschließenden Arbeiten, die der Ausschuß auf seiner nächsten Tagung vornehmen will, knüpfen.**

Die einzige Hoffnung bleibt die Konferenz selbst, deren schleunige Einberufung das Ziel der verantwortlichen Organe des Völkerbundes bleiben muß und die nur dann zu einem Erfolg führen kann, wenn, wie ich in meiner grundlegenden Erklärung vom letzten Sonnabend sagte, die Regierungen ihren Vertretern andere Instruktionen erteilen, als es bisher geschehen ist. Die deutsche Abordnung scheidet von dieser Tagung mit der Ueberzeugung, daß sie alles getan hat, was in ihrer Macht stand, um die Abrüstungsarbeiten bei aller Berücksichtigung der bestehenden Schwierigkeiten in positivem Sinne zu fördern und daß, wenn sie dabei sich stets der kompakten Mehrheit des Ausschusses gegenüber sah, sie zweifellos die geschlossene Mehrheit der öffentlichen Meinung und zwar nicht nur in Deutschland hinter sich hat.

*

* Genf. Ueber das **Ergebnis der am Montag abgeschlossenen Tagung des vorbereitenden Abrüstungsausschusses** können vom **deutschen Standpunkt** aus folgende Feststellungen vorgenommen werden.

Die deutsche Regierung hat in den bisherigen Verhandlungen die Forderung vertreten, daß folgende vier Kategorien der Landrüstungen in einem Abrüstungsabkommen herabgesetzt werden müßten:

1. **Effektive Truppenbestände,**
2. **Die gesamten ausgebildeten Reserven.**
3. **Das im aktiven Dienst verwandte Kriegsmaterial.**
4. **Das gesamte lagernde ergänzungsfähige Kriegsmaterial.**

Der **Abrüstungsausschuß** hat nun in den Konventionsentwurf, dessen zweite Lesung zum größten Teil angeschlossen wurde und die Grundlage für die Arbeiten der kommenden Abrüstungskonferenz bilden soll, **lediglich die Festsetzung von Höchstziffern für die unter den Fahnen stehenden Truppenbestände in Aussicht genommen.** Dagegen sind in dem Abkommen überhaupt nicht berücksichtigt worden die gesamten militärisch ausgebildeten jederzeit mobilisierbaren Reserven, die Festsetzung der jährlich einzuberufenden Kontingente, die jährliche Dienstdauer, ferner das gesamte lagernde Kriegsmaterial. Damit sind die Voraussetzungen für einen Angriffskrieg unverändert bestehen gelassen worden. Ebenso hat der Ausschuß die Unterscheidung zwischen ziviler und militärischer Luftschiffahrt abgelehnt und damit auch die Luftwaffe als Hauptangriffsmittel unbeschränkt gelassen. **Der Ausschuß hat sich als wesentliches Ergebnis der Verhandlungen darauf beschränkt, eine Abrüstung des gesamten Kriegsmaterials lediglich durch Veröffentlichung der Rüstungsausgaben vorzusehen,** wobei unerfindlich bleibt, in welcher Weise eine Veröffentlichung der Ausgaben zu einer Herabsetzung der militärischen Rüstungen führen soll.

Er hat es **weiter abgelehnt, die Vorbereitungen für den bakteriologischen Krieg zu verbieten,** während der Gaskrieg als solcher durch das Genfer Protokoll von 1925 verboten wird. Der Ausschuß hat somit gegen die Stimmen Deutschlands, Sowjetrußlands und Chinas einen **Konventionsentwurf ausgearbeitet, der alle Möglichkeiten moderner Rüstungen offen läßt und die moderne Kriegsmaschine zugleich mit den Millionen ausgebildeter Reservisten als die beiden entscheidenden Faktoren der Rüstungen unbeschränkt läßt.** Es besteht nicht der geringste Zweifel mehr, das die großen und kleinen der gerüsteten europäischen Mächte die kommende Abrüstungskonferenz lediglich als ein Mittel für eine offizielle und internationale Anerkennung ihres gegenwärtigen Rüstungsstandes erblicken.

Der vorbereitende Abrüstungsausschuß wird zu seiner **Schlußtagung** entweder November dieses oder März des nächsten Jahres zusammentreten. Die weitere Entwicklung der Abrüstungsfrage hängt heute in erster Linie von den großen Seemächten ab. Die Zwischenzeit bis zur nächsten wird mit fortlaufenden streng geheimen diplomatischen Verhandlungen zwischen den großen Seemächten ausgefüllt sein.

Die Grundlagen dieser Verhandlungen werden die neuen amerikanischen Vorschläge bilden. Ob ein Ausgleich zwischen **den großen Seemächten in dieser für sie machtpolitisch entscheidenden Frage möglich ist, muß abgewartet werden. Sollte eine Einigung zustande kommen, so könnte mit dem Zusammentritt der ersten Abrüstungskonferenz im Laufe des Jahres 1930 gerechnet werden.**

Ein politischer Anschlag in Kowno.

Der Adjutant des Ministerpräsidenten erschossen.

* Kowno. (Telunion.) Am Montag abend gegen 8.30 Uhr kurz vor Beginn der Vorstellung in der **Staatsoper** wurde ein **politischer Anschlag** verübt, der augenscheinlich auf den Ministerpräsidenten gemünzt war, der ziemlich regelmäßig die Vorstellungen der Staatsoper zu besuchen pflegt. Die Attentäter, drei an der Zahl, feuerten auf den persönlichen Adjutanten des Ministerpräsidenten, Oberleutnant Gudinas und den Adjutanten des Kriegsministers, Hauptmann Virbickas acht Schüsse ab. **Oberleutnant Gudinas wurde tödlich getroffen, Hauptmann Virbickas schwer verletzt.** Außerdem wurde noch ein **Knabe,** ein Verwandter des Ministerpräsidenten, der an der Hand des persönlichen Adjutanten des Ministerpräsidenten ging, **schwer verletzt.** Die **Attentäter,** die, wie verlautet, polnisch gesprochen haben sollen, sind **unerkannt entkommen.** Die Polizei sperrte sofort den Platz vor dem Theater ab und nahm eine Durchsuchung des angrenzenden Geländes vor. Hierbei wurden noch zwei scharfgemachte Handgranaten und Munition gefunden, die allem Anschein nach von den Attentätern herrühren. Die angesetzte Theatervorstellung wurde abgesagt. Bis in die späten Abendstunden hinein durchrasten Autos, mit Offizieren und Polizei besetzt, die Stadt. Wie verlautet, sind alle nach Kowno führenden Straßen abgesperrt. Die Leibwache in der Wohnung des Ministerpräsidenten ist erheblich verstärkt worden.

Ueber Reform der Arbeitslosenversicherung.

)(Berlin. Das **Reichskabinett** beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung mit der **Frage der Einführung von Reformen auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung.** Es wurde dabei die **Abstellung der Uebelstände** ins Auge gefaßt, welche sich in der Praxis seit Inkrafttreten der Arbeitslosenversicherung herausgestellt haben. Hierbei wurde jedoch festgestellt, daß es mit der Beseitigung dieser Unzuträglichkeiten allein nicht sein Bewenden haben kann. Die Finanzlage des **Reiches** ist so ernst, daß die Inanspruchnahme von öffentlichen Mitteln im bisherigen Ausmaß vollkommen unmöglich ist und sich über die schon im Haushalt bereitgestellten Mittel hinaus nur im Falle ganz außergewöhnlicher Ereignisse rechtfertigen läßt. Das Reichskabinett war daher der Meinung, daß eine Aenderung der Arbeitslosenversicherung auch auf die Finanzlage des Reiches Rücksicht nehmen muß.

Die Reichsregierung wird in Form eines Gesetzentwurfes ein **Sofortprogramm über die Abstellung von Mißständen** auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung aufstellen und außerdem einen Ausschuß von Sachverständigen einsetzen, mit dem in größter Beschleunigung Richtlinien für eine Umgestaltung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes erörtert werden sollen.

Insgesamt 24 Tote bei den Mai-Unruhen.

)(Berlin. Im Verlauf der letzten April- und ersten Maitage sind bei den durch die Demonstrationen der Kommunisten verursachten Unruhen **insgesamt 23 Personen** und zwar 18 Männer und 5 Frauen durch Schüsse um Leben gekommen. Dazu kommt noch ein Todesfall während eines Tumultes auf dem Alexanderplatz, wo ein Passant unter ein Polizeiauto geriet.

SLUB
Wir führen Wissen.